

TTIP, CETA

und TiSA



Handels- und Investitionspolitik im Dienste der Konzerne

Impressum:

Attac Österreich

Margaretenstraße 166/3/25 | A-1050 Wien

Tel: +43 1 5440010 | Fax: +43 1 5440059

Web: www.ttip-stoppen.at

E-Mail: ttip@attac.at

Gestaltung:

Attac Österreich

Titelfoto: Martin Schatz

TTIP, CETA und TiSA: Handels- und Investitionspolitik im Dienste der Konzerne

Derzeit werden für die EU zahlreiche Handelsabkommen verhandelt, darunter das Abkommen mit den USA (TTIP), das mit Kanada (CETA) und das Abkommen über den Dienstleistungshandel (TiSA).

All diese Abkommen haben unsere Aufmerksamkeit verdient, da mit ihrem Zustandekommen hohe potentielle Gefahren verbunden sind. Die Verhandlungen verlaufen intransparent und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Was wir über die Abkommen wissen, haben wir durch Leaks erfahren. Und schon diese Informationen sind mehr als ausreichend, um die genannten Handelsabkommen rundweg abzulehnen und zu bekämpfen.

Die Plattform TTIP-STOPPEN wird getragen durch ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen aus dem sozialen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und umweltpolitischen Bereich.

Mit dieser Broschüre möchten wir einen Überblick und eine politische Einschätzung der aktuellen Entwicklungen bieten. Alle Informationen zur Plattform, aktuelle Termine und Analysen finden Sie unter:

www.ttip-stoppen.at



Der Prototyp für TTIP: CETA

Das Abkommen CETA (kurz für „Comprehensive Economic and Trade Agreement“) steht für eine geplante Freihandelszone zwischen der EU und Kanada. Der 1500 Seiten umfassende Vertragstext zu CETA wurde den 28 EU-Mitgliedsstaaten Anfang August 2014 zur Prüfung vorgelegt und Mitte August geleakt.

Ebenso wie bei TTIP liefen die Verhandlungen für CETA unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente ab. CETA kann als Prototyp und Legitimationsgrundlage für TTIP gesehen werden: Es ist davon auszugehen, dass sich die TTIP-Verhandlungen nahe an dem endgültigen CETA-Text orientieren werden. Alle Bestimmungen, die in CETA durchgesetzt werden, könnten in Zukunft auch für TTIP geltend gemacht werden.

Investitionsschutz in CETA

Sowohl die EU als auch Kanada haben stabile, hoch entwickelte Justizsysteme, die Unternehmen bereits jetzt ausreichende Sicherheit garantieren, wie an dem hohen Anteil an Direktinvestitionen in der EU zu sehen ist. Trotzdem beinhaltet CETA genauso wie TTIP ein Kapitel zu Investitionsschutz sowie eines zu Investor-Staat-Klagen, welches ein Sonderklagerecht für Unternehmen vorsieht. Dadurch wird es möglich, dass Unternehmen Staaten vor privaten Schiedsgerichten auf Schadensersatz klagen können.

Die privaten Schiedsgerichte setzen sich aus privaten, gewinnorientiert arbeitenden AnwältInnen zusammen bzw. wenn gewünscht aus einem einzigen privaten Schiedsrichter. Alle Maßnahmen und Regelungen, welche die Unabhängigkeit von RichterInnen in ordentlichen Gerichten sicherstellen sollen, fallen bei diesen Tribunalen weg. Es können weder Interessenskonflikte noch Beeinflussung ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus ist im Moment keine Berufungsmöglichkeit vorgesehen. Recht auf Schadensersatz haben Unternehmen nicht nur bei direkten Enteignungen durch den Staat – innerhalb der EU und in Kanada ein sehr unwahrscheinliches Szenario – sondern auch im Fall von „indirekter Enteignung“, die geltend gemacht werden kann, wenn eine

Gesetzesänderung den Wert einer Investition oder die Gewinnerwartungen der Investoren verringert. Aus Investorsicht könnte jede strengere Regulierung zu Gunsten von Umwelt- oder VerbraucherInnen-schutz die Gewinnerwartungen von Unternehmen verringern. Auf der Grundlage von Investitionsschutz-Klauseln werden unter anderem gerade Deutschland von Vattenfall wegen des Atomausstiegs und Australien und Uruguay von Philip Morris wegen der Verschärfung von Tabakgesetzen verklagt. Kanada wird vom Bergbauunternehmen Lone Pine wegen eines nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung erlassenen Fracking-Moratoriums in Quebec verklagt.

Das in CETA gewährte Klagerecht erhalten nicht nur kanadische Unternehmen, sondern alle Unternehmen, die Niederlassungen in Kanada haben – darunter fallen auch sehr viele US-Konzerne. Sonderklagerechte für Unternehmen sind aus demokratiepolitischen Gründen prinzipiell abzulehnen: Private AnwältInnen sollten niemals das Recht bekommen darüber zu entscheiden, was ein legitimes öffentliches Interesse ist und ob ein demokratisch zustande gekommenes Gesetz dieses angemessen schützt.

„Living Agreement“: Die Regulatorische Kooperation

Wie auch TTIP enthält CETA ein Kapitel zur regulatorischen Kooperation. Es soll hierfür ein „Regulatorisches Kooperationsforum“, bestehend aus VertreterInnen der kanadischen Regierung und der europäischen Kommission, gegründet werden. Das Forum soll sich zumindest einmal im Jahr treffen und die Harmonisierung und Abstimmung von Regulierungen vorantreiben.

Gleichzeitig sollen die Auswirkungen von geplanten Regulierungen auf den internationalen Handel bewertet werden. Die Möglichkeit der Einbeziehung von interessierten privaten AkteurlInnen für „Konsolidationen“, um „Nicht-Regierungsperspektiven“ zuberücksichtigen, wird explizit erwähnt.

Hier besteht also ebenso wie bei TTIP die Gefahr, dass in Zukunft Gesetzesentwürfe zum Schutz von Interessen, die nicht denen von „big business“ entsprechen, bereits sehr frühzeitig durch Lobbyarbeit wieder verschwinden. Dies wird erleichtert durch die institutionalisierte Einbeziehung privater AkteurlInnen in den Prozess.

Das geschieht auch durch die Überprüfung der Wirkung von Maßnahmen, die lediglich die Auswirkung auf Handel und Investment berücksichtigen. Gesetzestexte laufen dann Gefahr zu verschwinden, noch bevor sie dem Europäischen Parlament vorgelegt wurden. Darüber hinaus ist hier ein Mechanismus angelegt, der sicherstellt, dass auch Bereiche, die im endgültigen CETA-Text nicht ausgehandelt wurden, über kurz oder lang angeglichen werden können.

Die Harmonisierung von Standards: Gefahren für soziale Rechte, Umwelt, Gesundheit und Landwirtschaft

Wie auch bei TTIP geht es bei CETA darum, den Handel zwischen EU und Kanada über den Abbau von Zöllen hinaus zu „befreien“. Handel freier machen bedeutet in den meisten Fällen, dass die Handelskosten für die Produzenten gesenkt werden sollen. So auch bei CETA: Hier geht es vor allem um die Beseitigung der sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnisse. Damit sind unterschiedliche Standards und Zulassungsverfahren gemeint. Verfolgt wird außerdem ein stärkerer Schutz von Investitionen und Urheberrechten.

Wenn kanadischen Produkten der Zugang zu europäischen Märkten erleichtert werden soll, ergeben sich zahlreiche potentielle Gefahren, da Kanada in vielen Bereichen andere Zulassungsverfahren, Standards und Kennzeichnungspflichten hat. Besonders kritisch sind hier die Zulassungs- und Kennzeichnungspflicht für mit Hormonen und Chlor behandeltes Tierfleisch sowie gentechnisch veränderte Lebensmittel und Saatgut. Durch ein Abkommen wie CETA, das zum Ziel hat die Harmonisierung von europäischen und kanadischen Standards auch in Zukunft sicherzustellen, würde uns vermutlich bald ein Kampf gegen Monsanto und Co. bevorstehen. Die Spielregeln und damit die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft hätten sich bis dahin zu Gunsten der Konzerne verändert.

Kommt CETA, kommt Fracking?

Die mit Fracking verbundenen Umwelt- und Gesundheitsrisiken haben zu weitverbreitetem Misstrauen geführt. In vielen Ländern

der EU ist Fracking entweder verboten, oder es wurde ein Zulassungsstopp verhängt. Das einzige bislang geplante Fracking-Projekt in Österreich zielte auf Schiefergasvorräte im niederösterreichischen Weinviertel ab. Die OMV zog sich 2012 nach massivem Widerstand aus der Bevölkerung ‚aus wirtschaftlichen Gründen‘ zurück, führt allerdings weiterhin Messungen auf dem Gelände durch. Zurzeit gibt es aber in Österreich kein generelles Fracking-Verbot und auch auf EU-Ebene gibt es hier keinen Konsens.

Viele Öl- und Gas-Unternehmen mit kanadischen Büros haben bereits damit begonnen, in Europa nach Schiefergasreserven zu suchen. Auch wenn nicht alle dieser Unternehmen einen kanadischen Hauptsitz haben, können sie in CETA über kanadische Niederlassungen Rechte erhalten, die es ihnen ermöglichen, zukünftige Fracking-Verbote anzufechten. Kanadische und US-Unternehmen haben ein großes Interesse daran, dass Fracking in der EU in Zukunft erlaubt sein wird.

Darüber hinaus enthält CETA mit den Kapiteln zu regulatorischer Kooperation und Investitionsschutz neue Regelungen und Verfahren, die in Zukunft die Möglichkeiten der Regulation zur Verbesserung von Umwelt-, Gesundheit- und KonsumentInnenschutz einschränken würden. Fracking ist in der EU im Moment noch kein klar geregeltes Thema. Die Anstrengungen in vielen Mitgliedsstaaten hier Einhalt zu gebieten, könnten in der Zukunft durch CETA untergraben werden.

Öffentliche Dienstleistungen – Liberalisierung durch die Hintertür?

Öffentliche Dienstleistungen erfüllen wichtige soziale Funktionen, darunter soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung. Aus diesem Grund müssen diese Bereiche einer reinen Marktlogik, die nur auf Profitgewinnung zielt, entzogen werden und haben in einem Freihandelsabkommen nichts zu suchen.

Öffentliche Dienstleistungen sind durch CETA in Gefahr, weil eine klare und eindeutige Ausnahme für die öffentlichen Dienstleistungen fehlt. Öffentliche Leistungen wie etwa die Finanzierung des Gesundheitssystems könnten in Zukunft unter Druck kommen, wenn private Unternehmen Unterstützungsleistungen einklagen können.

Die EU hat ihre bisherige Haltung zur Gestaltung von Abkommen in Bezug auf Dienstleistungen gegenüber Kanada aufgegeben und das NAFTA-Modell (Negativlisten) akzeptiert. Das bedeutet, dass alles liberalisiert wird, was nicht explizit ausgenommen wurde. Darüber hinaus sind einmal getroffene Entscheidungen zur Liberalisierung und Privatisierung für immer bindend, selbst dann, wenn weder die Regierung noch die Bevölkerung damit zufrieden sind. In Zukunft würde jede Rücknahme von Liberalisierungen bzw. jede spätere Regulierung einen Vertragsbruch bedeuten.

Wer gegen TTIP ist, muss auch gegen CETA sein

Zusammengefasst geht von CETA eine erhebliche Gefahr aus, da auch dieses Abkommen darauf angelegt ist, durch Investitionsschutz und regulatorische Kooperation in Zukunft Regulation im Sinne des Allgemeinwohls zu erschweren und zu einem erheblichen Kostenfaktor zu machen. Bei jeder Gesetzesänderung, die sich negativ auf die Profitaussichten von Konzernen auswirkt, müssten Regierungen in Zukunft damit rechnen, auf Schadensersatz in Millionenhöhe verklagt zu werden. CETA ist damit ein direkter Angriff auf demokratische Regulationsprozesse.

Da die Verhandlungen zu CETA kurz vor Abschluss stehen und CETA in Zukunft als Legitimation für TTIP genutzt werden kann, ist es dringend notwendig, dass die öffentliche Aufmerksamkeit steigt und der Protest noch lauter und stärker wird.

CETA: ein Prototyp für TTIP

CETA enthält alle Punkte, die an TTIP kritisiert werden: Angleichung von Standards und Zulassungsverfahren, Investorenschutz und Sonderklagerechte für Konzerne, Pläne für eine zukünftige Abstimmung von Regeln und Gesetzen zwischen Kanada und der EU. CETA kann als Prototyp für TTIP und bei Zustandekommen als zukünftige Legitimationsgrundlage gegenüber den Parlamenten gesehen werden.

TiSA: Der endgültige Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen

TiSA steht für „Trade in Services Agreement“, ein plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das seit 2013 von den selbsternannten „Really Good Friends of Services“ verhandelt wird. Die „Really Good Friends“ bestehen derzeit aus 23 Mitgliedern der WTO (die EU wird als ein Mitglied gezählt). Das Abkommen wird außerhalb der WTO verhandelt. Der Grund dafür ist, dass es in der WTO seit längerem zu einem Stillstand der Verhandlungen über Dienstleistungen kam. Die „Really Good Friends“ setzen sich aus den reichen WTO-Staaten zusammen, die jetzt ein Abkommen vorantreiben, das innerhalb der multilateralen Verhandlungen in der WTO nicht durchsetzbar wäre.

Kein BRICS-Staat¹, kein ASEAN-Land² und kein Land Afrikas sind an den Verhandlungen beteiligt. TiSA wird oft als „GATS Plus“³ bezeichnet, da es zum Ziel hat, Dienstleistungen in allen Sektoren, d.as heißt auch im Bereich Gesundheit, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge, zu liberalisieren.

Auf WikiLeaks wurde der Verhandlungstext zu den Finanzdienstleistungen veröffentlicht. Demnach würde TiSA eine Gefahr für öffentliche Dienstleistungen, für den europäischen Datenschutz und ein schweres Hindernis zur Regulierung von Finanzmärkten und staatlichen Krisenmaßnahmen bedeuten.

TIP, CETA, TiSA: Alle drei Abkommen würden sich stark auf unseren Lebensalltag auswirken, aber auch auf die weltweite Wirtschaft und den Ressourcenverbrauch. Sie sollten daher öffentlich und demokratisch diskutiert werden. Die Verhandlungsprozesse zeichnen sich aber durch Geheimhaltung, Intransparenz und Lobbyeinfluss aus. Gemeinsamkeiten der drei Abkommen lassen sich sowohl in der Art und Weise ihrer Verhandlungen als auch in ihren Zielen und ihren Auswirkungen finden.

1) Die BRICS-Staaten sind eine Vereinigung fünf aufstrebender Volkswirtschaften: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

2) ASEAN steht für Association of Southeast Asian Nations, dem Verband Südostasiatischer Staaten.

3) GATS steht für General Agreement on Trade in Services, ein internationales, multilaterales Handelsabkommen der Welthandelsorganisation.

In Handelsabkommen geht es nicht (nur) um Handel

Die Bezeichnung „Freihandelsabkommen“ ist irreführend für das, was im Moment von der EU-Kommission verhandelt wird: Gerade für Verträge zwischen Ländern, deren Handel schon stark integriert ist, wo es also nur niedrige Zölle und kaum Kontingentierungen gibt, sind sogenannte „nicht-tarifäre“ Handelshemmnisse das eigentliche Interesse.

„Nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ ist allerdings ein Begriff, der sehr weit ausgelegt werden kann. So kann jede Regelung eines Landes, die sich von der eines anderen unterscheidet, als den Handel hemmend gesehen werden. Zum Beispiel ist in der EU (und 160 anderen Ländern) das Wachstumshormon „Ractopamin“ verboten, während in den USA und in Kanada Schweine und Rinder damit gefüttert werden dürfen. Aus der Sicht von VerbraucherInnen ist das Verbot eine wichtige Regelung, um die Qualität ihrer Nahrung sicherzustellen, aus der Sicht von US- und kanadischen Produzenten ein Handelshemmnis.

Mit dem Verweis auf „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ wird es den VerhandlungspartnerInnen möglich, Bereiche zu verhandeln, die nichts mit Handel zu tun haben. Dazu zählen etwa die Sicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln, Patente und Urheberrechte, Umweltschutzbestimmungen, öffentliche ‚Dienstleistungen‘, Arzneimittelzulassung und -preise, Arbeitsmarktregulierungen, öffentliche Auftragsvergabe, Finanzregulierung u. v. m. Kurz gesagt ist hier alles, was Regierungen regulieren können, betroffen. Hier wäre in Frage zu stellen, wieso diese Themen von der EU-Kommission im Geheimen verhandelt werden dürfen?

Sowohl in TTIP als auch in CETA gibt es ein Kapitel zu Investitionsschutz mit Sonderklagerechten für Konzerne. Investitionen unter den Bereich Handel zu subsumieren erweitert den Einflussbereich der Abkommen noch zusätzlich. In der EU gibt es fast 1200 bilaterale Investitionsschutzabkommen, die Mitgliedsstaaten mit Drittstaaten abgeschlossen haben. Seit dem Vertrag von Lissabon liegt die alleinige Kompetenz nicht nur für Handelspolitik, sondern auch die Ausgestaltung von Investitionsschutzabkommen bei der EU. Seitdem können Handelsabkommen auch Investitionsschutzkapitel enthalten.

Der Schutz von Investoren, so wie ihn die EU-Kommission versteht, ist regelmäßig mit einer Gefährdung demokratischer Rechte und der Souveränität der Gesetzgebung verbunden.

Von den Handelsabkommen profitieren nur Konzerne

Multinationale Konzerne sind von Anfang an stark in die Verhandlungen zu jedem der drei Abkommen involviert gewesen. So wissen wir, dass in den Vorbereitungen zu TTIP die EU-Kommission insgesamt 560 registrierte Treffen hatte. 520 davon fanden mit VertreterInnen privater Unternehmen oder Interessensverbänden statt. In vielen Fällen scheinen ganze Kapitel der Vertragstexte von Lobbyinteressen diktiert worden zu sein.

Wenn Märkte liberalisiert werden und das Zustandekommen von Gesetzen in Zukunft davon abhängt, ob sie sich schädlich auf Unternehmensgewinne auswirken könnten, können wir als BürgerInnen nur verlieren. Die geplanten sogenannten Schutzrechte für Investoren sind maßlos und gefährden unser demokratisches Recht auf die Bedingungen, unter denen wir leben, Einfluss zu nehmen.

Die Investor-Staat-Klagerechte sind einseitig: Unternehmen können Staaten auf Milliarden verklagen, wenn sie der Meinung sind, ihnen würden auf Grund von demokratisch beschlossenen Gesetzen erwartete Gewinne entgehen. Im Gegenzug haben Staaten nicht dasselbe Recht, Unternehmen zu verklagen, wenn diese durch ihre Tätigkeiten die Umwelt, ArbeitnehmerInnen, BürgerInnen oder KonsumentInnen schädigen. Die meisten Konzerne profitieren von öffentlicher Infrastruktur und öffentlichen Bildungssystemen, zahlen aber trotzdem kaum Steuern.

Wann wurde jemals einer dieser Konzerne verklagt, weil er Staaten um ihre legitimen Steuererwartungen gebracht hat?

Es gibt kein Gesetz, das dies ermöglichen würde, da die „Steueroptimierung“ der Konzerne in den meisten Fällen auf legalem Weg passiert. Ein auf legalem Weg neu zustande gekommenes Gesetz hingegen kann in Zukunft Unternehmen immer öfter die Möglichkeit geben, Staaten um Millionen zu verklagen.

Die Handelsabkommen gefährden die Demokratie

Die Regeln dafür, unter welchen Bedingungen in einer Gesellschaft produziert werden kann, was produziert werden darf, was zugelassen wird und was nicht, beruhen auf grundlegenden Vorstellungen davon, was als wichtig und schützenswert angesehen wird. Sie reflektieren grundlegende gesellschaftliche Werte und müssten daher immer demokratisch diskutiert, verhandelt und entschieden werden.

Die Verhandlungen für TTIP, CETA und TiSA finden jedoch intransparent und mit starker Einflussnahme von Lobbys statt. Die EU-Kommission hat in allen drei Fällen ein Verhandlungsmandat vom EU-Rat erhalten, kann aber bis zum Abschluss der Verhandlungen ohne Einbeziehung demokratisch legitimierter Organe (wie z. B. das Europäische Parlament) und ohne Einbeziehung oder Kontrolle durch die europäische Zivilgesellschaft agieren.

Innerhalb der EU wie auch in den Mitgliedsstaaten gibt es Regeln dafür, wie, wo und von wem gesetzliche Änderungen durchgeführt werden dürfen. Dadurch, dass die EU alles als „handelsrelevant“ bezeichnet, was für Konzerne interessant ist, ist es möglich, dass nicht handelsbezogene Bereiche in undemokratischen Geheimverhandlungen für „Freihandelsverträge“ zur Diskussion stehen.

TTIP und CETA enthalten sowohl Kapitel zu Investorenschutz und Investor-Staat Klagerechten als auch zur „Regulatorischen Kooperation“. Das Ziel von regulatorischer Kooperation ist es, in Zukunft die Harmonisierung von Standards und Regelungen zu gewährleisten. Das bedeutet im Klartext, dass die Art und Weise, wie in der EU Gesetze eingeführt werden, sich zukünftig ändern könnte.

Dafür sollen Begutachtungsverfahren für geplante Gesetzesvorschläge institutionalisiert werden. Geprüft werden sollen bestehende und künftige Regelungen unter anderem darauf, ob sie sich negativ auf den „internationalen Handel“ (also: Konzernprofite) auswirken. Eingebunden werden in diesen Prozess „interessierte Stakeholder“.

Eine solche regulatorische Kooperation würde bedeuten, dass Lobbyisten noch früher Zugang zu Gesetzestexten erhalten und noch umfassendere offizielle Möglichkeiten haben, auf die Gesetzgebung

einzuwirken. Eine Überprüfung der Gesetzesvorhaben würde stattfinden, noch bevor das Europäische Parlament Zugriff auf die Gesetzesvorschläge hätte.

Freihandelsabkommen machen unfrei

Freihandelsverträge bedeuten keine Befreiung von Regelungen – wie der Name Freihandel suggeriert – sondern andere Regelungen. Regelungen, die auf anderen Wertvorstellungen beruhen, nämlich jenen der globalen Konzerne. Die Vertragstexte der Abkommen sind sehr umfangreich und zeichnen sich dadurch aus, dass viele Formulierungen – meistens dann, wenn es um den Schutz von Qualität, Sicherheit oder sozialen Rechten geht – vage gehalten sind. Dies führt zu Unsicherheit in der Auslegung und Schlupflöchern. Wir brauchen aber klare und eindeutige Regelungen zum Schutz von sozialer Sicherheit, Lebensqualität und Umwelt.

Da das Ziel von Freihandelsabkommen immer die Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung ist, verbunden mit weitreichenden Rechten der Konzerne ihre „Ansprüche“ einzuklagen, wird hier der Spielraum für Unternehmen erweitert. Gleichzeitig wird dadurch aber die Freiheit von Regierungen eingeschränkt, demokratisch gewünschte Regulierungen vorzunehmen. Mit der in TTIP und in CETA vorgesehenen regulatorischen Kooperation erhalten Wirtschafts-Lobbyisten noch zusätzliche, neue Möglichkeiten der Einflussnahme auf Schutzstandards.

Ein möglicher Austritt aus diesen Verträgen ist nicht vorgesehen und daher auch nicht geregelt. Es sind also in der Praxis unbefristete, unkündbare Verträge, die es Regierungen sehr schwer machen würden, wieder auszusteigen. Mit dem Zustandekommen dieser Verträge würde Thatchers TINA („There is no alternative“) in Zukunft zur traurigen Wahrheit werden.

Die Handelsabkommen gefährden unsere Zukunft: Sie bieten keine Lösungen für die Probleme der globalen Ungleichverteilung, der Übernutzung von natürlichen Ressourcen und der Krisenanfälligkeit der globalen Wirtschaft.

Spätestens nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 sollte auch dem überzeugtesten Marktliberalen klar sein, dass Deregulierungen der Finanzmärkte zu Krisen führen. Sieht man sich die geleakten Kapitel zu Finanzmärkten in den Handelsabkommen an, scheinen die Verhandlungspartner nichts aus der Krise gelernt zu haben: Hier geht es immer darum, Finanzdienstleistungen noch stärker zu deregulieren und für die Zukunft staatliches Eingreifen bei Krisen zu erschweren.

In der WTO kam es vor allem deswegen zu einem Verhandlungsstillstand, da viele ihrer Mitgliedsstaaten trotz gegenteiliger Versprechungen nicht dazu beitragen möchten, das Ungleichgewicht zwischen Industriestaaten und Schwellenländern sowie Ländern des globalen Südens zu reduzieren. Anstatt bei den Verhandlungen über Regeln, die die gesamte globale Wirtschaft beeinflussen werden, alle betroffenen Länder zu involvieren, sind TTIP, CETA und TiSA Ausdruck einer Strategie, die Interessen der reichen Länder durchzusetzen.

Statt globaler Verständigung und Zusammenarbeit zur Sicherung sozialer Sicherheit und eines guten Lebens für alle voranzutreiben, verschärft die derzeitige europäische Handelspolitik die globale Ungleichverteilung und verursacht weitere Spannungen.

Ein „weiter so“ in der Wirtschafts- und Handelspolitik ist darüber hinaus verheerend für Umwelt und Klima. Die globale Wirtschaft muss sich so schnell wie möglich auf einen nachhaltigen, ressourcen- und klimaschonenden Entwicklungspfad zubewegen. TTIP, CETA und TiSA sind aber weit davon entfernt, dieses Zukunftsprojekt in Angriff zu nehmen, im Gegenteil: Sie bieten nur „more of the same“ und wollen die neoliberale Agenda zementieren, die auf ressourcenausbeutendem, unbegrenztem Wirtschaftswachstum beruht.

September 2014

TTIP STOPPEN ist eine Initiative von:

%attac



ÖBV
via campesina austria

SÜDWIND

PRO-GE
DIE PRODUKTIONS-GEWERKSCHAFT

TTIP STOPPEN wird unterstützt durch ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen. Alle UnterstützerInnen finden Sie unter:

www.ttip-stoppen.at

Unterstützen Sie uns!

Die Kampagne **TTIP STOPPEN** finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Jeder finanzielle Beitrag - ob klein oder groß - zählt und ermöglicht uns unsere Arbeit gut weiterzuführen, viele Menschen zu informieren und den politischen Druck zu erhöhen.

Attac Österreich

IBAN: AT55 2011 1824 2489 1500

BIC: GIBAATWWXXX

STOPPEN
SIEHT ANDERS AUS



Transatlantische Partne-

**TTIP
STOPPEN**

**Transatlantische
Partnerschaft sieht
anders aus**

**TTIP-
STOPPEN
.at**

